

Antrag 124/II/2022**Abt. 03/15 Kollwitzplatz****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Keine Abschreibungen für Nord Stream II zu Lasten der Steuerzahler:innen**

1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, ein Gesetz
 2 einzubringen in den Deutschen Bundestag einzubringen
 3 mit dem Ziel, steuermindernde Verluste durch die Nicht-
 4 Inbetriebnahme der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream II zu
 5 verhindern. Die Steuerzahler:innen dürfen nicht in Haf-
 6 tung genommen werden für die verfehlte Unternehmens-
 7 politik einiger Energiekonzerne, Deutschland vorsätzlich
 8 durch immer neue Investitionen in russische Energiepro-
 9 jekte wie Nord Stream II von Russland abhängig gemacht
 10 zu haben. Die Verluste für die Investitionen, Beteiligun-
 11 gen, Kredite für Nord Stream II dürfen nicht zur Senkung
 12 der Unternehmensgewinne gegengerechnet und so die
 13 Steuern gesenkt werden.

14

Begründung

15 Die betreffenden Unternehmen sind die Kooperation mit
 16 Russlands staatlich kontrolliertem Gazprom-Konzern be-
 17 wusst und gezielt eingegangen. Immer wieder wurde vor
 18 einer zu großen Abhängigkeit von russischem Erdgas ge-
 19 warnt.
 20

21

22 Auch dass die Kosten für Nord Stream II wegen der grassie-
 23 renden Korruption im Gazprom Konzern deutlich zu hoch
 24 waren, ist hinlänglich durch Berichte eines Analysten der
 25 mehrheitlich staatlichen russischen Sberbank und durch
 26 Berichte des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny
 27 bekannt gewesen. Dass der russische Präsident Wladimir
 28 Putin Energie als Waffe einsetzen würde in einer Konfron-
 29 tation mit dem Westen und er die Gaslieferungen nach
 30 Europa gegebenenfalls gezielt stoppt, ist immer wieder
 31 vorausgesagt worden und wurde im Sommer 2022 Rea-
 32 lität. Diese Warnungen haben Konzerne wie Uniper und
 33 Wintershall Dea in den Wind geschlagen und haben den
 34 Bau von Nord Stream II durch Kredite befördert.

35

36 Die infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine ge-
 37 stoppte Inbetriebnahme der Pipeline haben also die Un-
 38 ternehmen selbst zu verantworten: sie wussten um das
 39 Risiko und sind es bewusst und aus eigener firmenpoliti-
 40 scher Überzeugung eingegangen. Für diesen fatalen Feh-
 41 ler dürfen nicht die Steuerzahler:innen zur Kasse gebeten
 42 werden, indem die Konzerne jetzt ihre Nord Stream II Ab-
 43 schreibungen von der Steuer absetzen. Das muss verboten
 44 werden.

Empfehlung der Antragskommission**Ablehnung (Konsens)**

Stellungnahme der ASJ zum Antrag 124/II/2022¹ (Abt. 03/15 Kollwitzplatz) „Keine Abschreibungen für Nord Stream II zu Lasten der Steuerzahler:innen“

Votum ASJ: AblehnungBegründung:

Der Antrag zielt darauf ab, im deutschen Steuerrecht eine Ausnahme von der Möglichkeit der Teilwertabschreibung bei dauernder Wertminderung (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 EStG) zu schaffen. Diese Ausnahme soll deutsche Unternehmen treffen, die finanziell am Bau der Pipeline Nord Stream 2 beteiligt waren. Betroffen wären die beiden Unternehmen Wintershall Dea und Uniper. Uniper steht seit Ende 2022 fast vollständig im Eigentum des Bundes, die entsprechenden finanziellen Nachteile würden also den Fiskus treffen.

Gegen die vorgeschlagene Rechtsänderung bestehen erheblich verfassungsrechtliche Bedenken. Zum einen verbietet Artikel 19 Absatz 1 des Grundgesetzes sog. Individualgesetze, die nur für einen bestimmten Einzelfall gelten. Zum anderen würde der Gesetzgeber hier nachträglich in einen bereits abgeschlossenen Sachverhalt eingreifen, da beide Unternehmen bereits im Jahr 2022 entsprechende Abschreibungen vorgenommen haben.[1]² Eine solche sog. echte Rückwirkung oder Rückbewirkung von Rechtsfolgen ist regelmäßig unvereinbar mit dem Gebot der Rechtsstaatlichkeit und damit verfassungswidrig.

Auch politisch überzeugt der Versuch nicht, Nord Stream 2 mit den Mitteln des Steuerrechts aufzuarbeiten. Schließlich ist die Abhängigkeit Deutschlands von russischen Gaslieferungen nicht allein auf privatwirtschaftliche Entscheidungen der beteiligten Unternehmen zurückzuführen. Projekte wie Nord Stream 2 wurden über viele Jahre von der deutschen Politik unterstützt - auch durch die SPD. Hier sollte die Aufarbeitung sinnvollerweise ansetzen.

[1]³ [https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/gaskonzern-
 https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/uniper-russland-](https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/gaskonzern-https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/uniper-russland-)